

Neue Grabart soll kommen

Friedhof: Fläche für Doppel-Rasenurnengrab wird gesucht. ► SEITE 7

Bauantrag für Galerie gestellt

Angebote für Haus des Kindes werden eingeholt. ► SEITE 7

Urzustand wird wieder hergestellt

Waldwege in Abteilung Lettenhorst werden ertüchtigt. ► SEITE 7

Freitag, 6. Dezember 2024 · 1,20 €

Amtliches Organ der Stadtverwaltung Schifferstadt

120. Jahrgang · Nr. 284

WETTER

Heute



5° – 9°

► FERNSEHEN / WETTER

HEUTE LOKAL

Heute: Nikolaus-Stiefel-Aktion für Kinder in der Innenstadt

In diesem Jahr können die Kinder am heutigen Nikolaustag, Freitag den 6. Dezember alleine oder mit ihren Familien durch die Stadt flitzen und mit großen Augen die Schaufenster der Geschäfte absuchen und ihren Stiefel direkt in den Geschäften abholen. Das gemütliche Treffen bei Punsch, Glühwein und Waffeln findet ab 14 Uhr auf dem Schillerplatz statt.

► SEITE 7

Brücke über Wirtschaftsweg wird ersetzt

Das Ingenieurbauwerk, das einen Wirtschaftsweg im Wald von Schifferstadt überführt, muss aufgrund der vorgesehenen Verbreiterung der A61 ersetzt werden. An der Höhe muss sich etwas tun.

► SEITE 9

INHALT

Lokal	7
Notrufe	8
Sudoku	8
Rätsel	8
Roman	10
Anzeigen	12

KONTAKT

Schifferstadter Tagblatt
Bahnhofstraße 70
67105 Schifferstadt

Telefon 06235/92690

www.schifferstadter-tagblatt.de

Abonnenten-Service:

Telefon 92690
info@schifferstadter-tagblatt.de

Anzeigenabteilung:

Telefon 92690
anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de

Redaktion:

Telefon 92690
redaktion@schifferstadter-tagblatt.de

Kostenlose Newsletter:

www.schifferstadter-tagblatt.de/newsletter

Soziale Medien

www.facebook.com/
schifferstadter.tagblatt

Instagram

@schifferstadtertagblatt

linkedin

www.linkedin.com/company/
schifferstadtertagblatt

WhatsAppKanal

Öffnungszeiten des

Verlagsbüros:

Dienstag, Donnerstag:

8 bis 11 Uhr.

Telefonisch erreichen Sie uns:

Montag bis Freitag von

8 bis 12 Uhr.

Sollten Sie Ihr Tagblatt nicht

erhalten haben, melden Sie uns

dies - gerne auch per Mail -

bis spätestens 11 Uhr.



Die Abgeordneten der französischen Nationalversammlung stimmten am Mittwochabend für ein Misstrauensvotum.

Foto: dpa

Lage in Frankreich schreckt EU auf

Nach dem Sturz der Regierung von Premier Michel Barnier wächst der Druck auf Präsident Emmanuel Macron

Von Michael Evers
und Ansgar Haase

PARIS/BRÜSSEL. Die schwere Politikkrise in Paris bringt nicht nur Präsident Emmanuel Macron zunehmend unter Druck, sondern schreckt auch die EU in Brüssel auf. Macron empfing am Vormittag Premier Michel Barnier, der nach dem Sturz seines Mitte-Rechts-Kabinetts als der Regierungschef mit der kürzesten Amtszeit in der jüngeren französischen Geschichte nach nur drei Monaten den Rücktritt einreichte. Geschäftsführend bleibt er aber zunächst im Amt.

Die populistischen Kräfte am linken und rechten Rand des Parlaments, die am Mittwochabend Barnier im Streit um einen Sparhaushalt zu Fall brachten, nehmen nun Macron ins Visier und reden von dessen Rücktritt und einer vorgezogenen Präsidentschaftswahl. Macron hingegen hatte einen Rücktritt stets ausgeschlossen.

Nicht nur die Opposition wirft Macron vor, die Politikkrise in Frankreich mit unklaren Mehrheitsverhältnissen im

Parlament mit vorgezogenen Wahlen im zurückliegenden Sommer ausgelöst, zumindest aber verschlimmert zu haben. Nun steht Macron unter erhöhtem Druck auch aus den eigenen Reihen, möglichst zügig einen neuen Regierungschef zu ernennen, der die zerstrittenen Lager im Parlament insofern eint, als der längst überfällige Haushalt verabschiedet und wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht werden können.

Der Rechtsnationalen Marine Le Pen und dem Altlinken Jean-Luc Mélenchon wird aus dem Regierungslager währenddessen vorgeworfen, die politische Krise in Frankreich anzufachen. Ihnen gehe es darum, Macron vorzeitig zu Fall zu bringen, um dann selbst bei einer vorgezogenen Präsidentschaftswahl anzutreten. Macron kann nach zwei Amtsperioden nicht erneut kandidieren.

Medienberichten zufolge ist Macron daran gelegen, möglichst zügig einen neuen Premier zu ernennen. Dies könnte ihm helfen, seine angeschlagene Position zu stärken, seine verbleibende Amtszeit bis 2027 zu retten und Rücktrittsrufe zu dämpfen.

Öffentliche Schuldenlast ist aus dem Ruder gelaufen

Je schneller eine neue Regierung die Arbeit aufnimmt, desto schneller könnte sich auch die französische Haushaltskrise konsolidieren und könnte es beruhigende Signale in Richtung Wirtschaft und Finanzmärkte geben.

Die öffentliche Schuldenlast ist in Frankreich immer mehr aus dem Ruder gelaufen, und wegen einer zu hohen Neuverschuldung betreibt die EU-Kommission ein Defizitverfahren gegen Frankreich. Der Sparhaushalt, an dem Barniers Regierung zerbrach, ist bittere Notwendigkeit.

Wie sich das Chaos in Frankreich auf die EU-Politik auswirken wird, ist noch unklar.



Frankreichs Premierminister Michel Barnier reichte seinen Rücktritt ein, bleibt aber geschäftsführend im Amt.

Foto: dpa

Altkanzlerin zeigt Spur von Selbstkritik

Angela Merkel sagt im Afghanistan-Untersuchungsausschuss rund um die Evakuierung aus Kabul aus

Von Anne-Beatrice Clasmann

BERLIN. Mit einer Spur von Selbstkritik blickt Altkanzlerin Angela Merkel (CDU) bei ihrer Vernehmung als Zeugin im Afghanistan-Untersuchungsausschuss des Bundestages auf die Entscheidungen rund um die Evakuierung aus Kabul zurück. Sie betont, beim Abzug der Bundeswehr und der Räumung von Camp Marmal im Norden Afghanistans sei 2021 alles gut gelaufen. Merkel sagt: „Der Zeitplan wurde eingehalten. Ich war darüber sehr erleichtert.“

Sie halte die deutsche Beteiligung an dem Militäreinsatz in Afghanistan auch im Rückblick für richtig, sagt sie. Denn damals habe es die „begründete Hoffnung“ gegeben, dass danach keine weiteren Terrorangriffe von Afghanistan aus geplant werden würden.

Bei allen anderen Zielen – von der Rechtsstaatlichkeit bis zu den Frauenrechten – „müssen wir, muss die internationale Gemeinschaft, feststellen, gescheitert zu sein“, führt sie weiter aus. Als Ursachen für dieses Scheitern nennt sie unter anderem

mangelndes kulturelles Verständnis der westlichen Verbündeten, Vetterwirtschaft und Rauschgifthandel. Auch habe man wohl die geopolitische Lage des Landes und den Einfluss Pakistans nicht ganz richtig eingeschätzt.

Dass es in jedem Fall auf eine Evakuierung aus Kabul hinauslaufen werde, sei ihr erst ab dem 13. August 2021 bewusst gewesen, sagt Merkel. Die Taliban hatten am 15. August 2021 mit der Eroberung von Kabul komplett die Kontrolle über Afghanistan übernommen. Dass

Präsident Aschraf Ghani damals aus seinem Land geflohen sei, nennt Merkel wenig beipflichtend.

Der Ausschuss hat den Auftrag, die Umstände der hektischen deutschen Evakuierung aus Kabul und die Entscheidungswege mit Blick auf die Aufnahme afghanischer Ortskräfte zu untersuchen. Dabei soll er auf mögliche politische Fehlentscheidungen hinweisen und Empfehlungen für das Handeln in der Bundesregierung in künftigen Krisen und Konflikten abgeben.



Der Afghanistan-Untersuchungsausschuss hatte Angela Merkel als Zeugin geladen.

Foto: dpa

Abtreibungen bald legal?

BERLIN (epd). Der Bundestag hat am Donnerstag mit den Beratungen über eine Legalisierung von Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche begonnen. Die Abgeordneten debattierten in Berlin über einen Gruppenantrag, der von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus der SPD, von den Grünen und aus der Linken initiiert wurde. Ihm zufolge sollen Abtreibungen nicht mehr im Strafrechtsparagrafen 218 geregelt werden. Die Beratungspflicht für Frauen wird beibehalten, die Bedenkzeit von drei Tagen zwischen Beratung und Eingriff soll entfallen. Die Kosten eines Abbruchs sollen die Krankenkassen übernehmen. Mehr als 320 Abgeordnete der 733 Mitglieder des Bundestages unterstützen den Entwurf, darunter auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Vizekanzler Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock (beide Grüne). Die Union lehnt den Gesetzesentwurf ab.

Umfrage: SPD legt deutlich zu

BERLIN (dpa). Der Abstand zwischen Union und SPD hat sich einer Umfrage zufolge deutlich verringert. 30 Prozent der Wahlberechtigten gaben bei einer repräsentativen Online-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov an, die Union wählen zu wollen, wäre die Bundestagswahl am kommenden Sonntag. Das sind drei Prozentpunkte weniger als im November. Die SPD verbessert sich demnach um drei Prozentpunkte auf 18 Prozent. Die AfD bleibt bei 19 Prozent. Die Grünen landen bei 13 Prozent – das ist ein Prozentpunkt mehr als noch im November. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) verharret bei 7 Prozent. Für die Erhebung befragte YouGov vom vergangenen Freitag bis einschließlich Dienstag 2.415 Menschen.



KOMMENTARE



Frankreichs Chaos ist gefährlich für die gesamte EU

Von Sascha Kircher
sascha.kircher@vrm.de

Historiker werden dereinst vermutlich resümieren: Es war der Herbst 2024, der die Krise der westlichen Demokratien offenbarte. Nach Deutschland wurde auch Frankreich gewissermaßen handlungsunfähig, beide Länder sind sonst immerhin die Motoren und Stabilisatoren der Europäischen Union. In Südkorea brannten einem Präsidenten die Sicherungen durch, und in den USA ging einem Präsidenten der moralische Kompass abhanden, als er seinen eigenen Sohn begnadigte. Und das alles vor der Kulisse von Krieg, Wirtschaftskrisen und Transformation.

Aus der Perspektive der Geschichtsschreibung sicherlich eine spannende Epoche mit viel Anschauungsmaterial. Den Bürgern der betroffenen Länder und Kontinente nutzt das wenig – sie leben in diesen extrem unsicheren Zeiten und benötigen eigentlich Führer, die sich den anstehenden Herausforderungen stellen. Mit Zuversicht, Zuverlässigkeit und vielleicht sogar mit einer Vision, heute würde man eher sagen: positiven Erzählung. Welches Bild bietet sich stattdessen? Hasardeure, Egoisten und Zauderer. Man weiß gar nicht, was davon am schlimmsten ist.

In Frankreich, um zum aktuellsten Krisenschauplatz zurückzukehren, hat Präsident Emmanuel Macron das aktuelle Chaos verursacht – mit seinem waghalsigen Coup, im Juni das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszurufen. Das Manöver, das seinerzeit das Land vor ein Rätsel stellte, fliegt dem erfolgswöhnten Macron nun um die Ohren. In den vergangenen Wochen, als die Krise sich anbahnte, glänzte er durch Abwesenheit. Nun muss er schnellstmöglich handeln und einen neuen Regierungschef ernennen – um die Probleme anzugehen und womöglich auch seinen eigenen Hals zu retten. Die Grande Nation steckt neben der politischen vor allem in einer tiefen finanziellen Krise, manche reden bereits von einem neuen Griechenland.

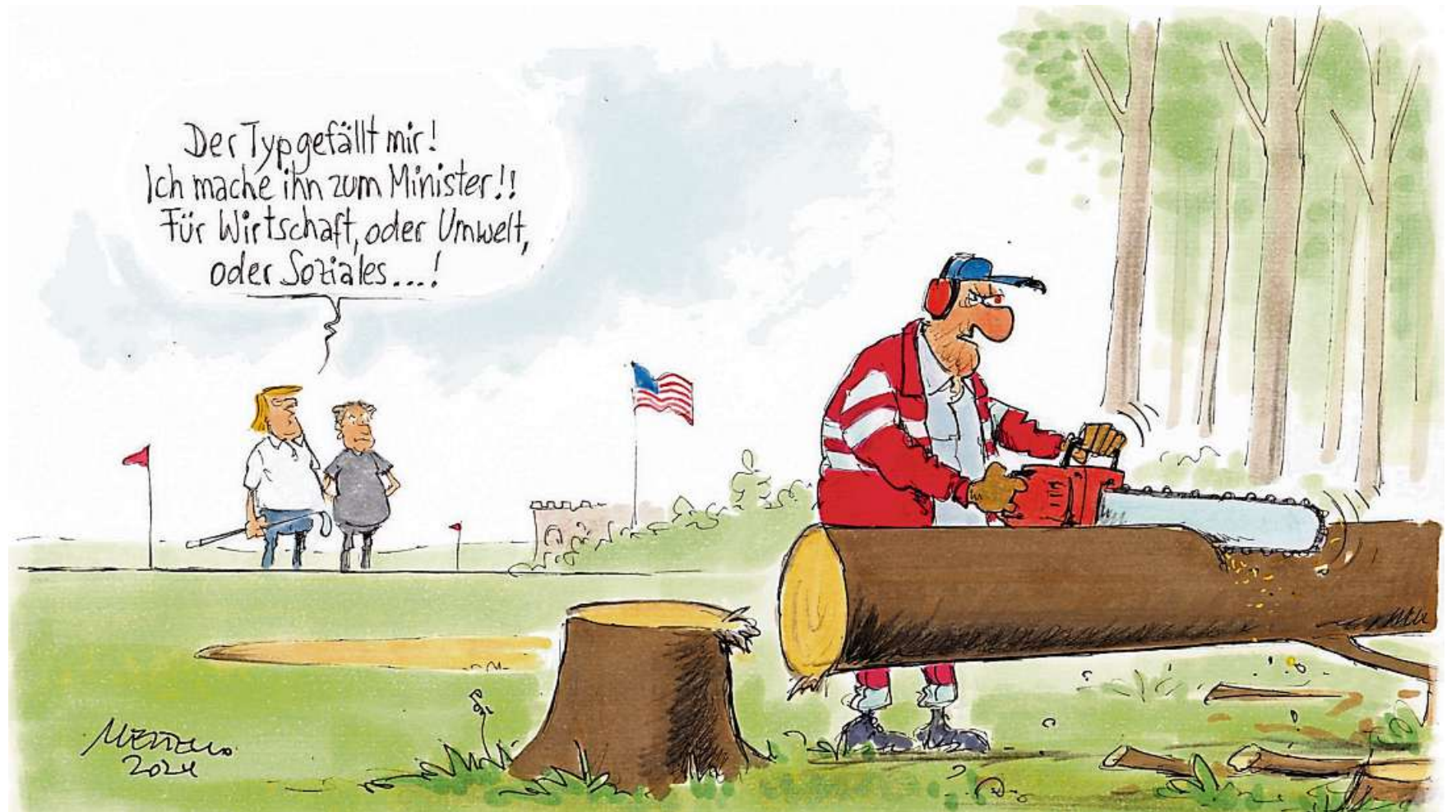
Das scheint übertrieben, doch die Sorge vor einer neuen Euro-Krise sollten ernstgenommen werden. Und in Deutschland sollte man sich genau anschauen, wie die radikale Linke und die radikale Rechte, denen Macron erst zum Aufstieg verholfen hat, die aktuelle Krise angefasst haben. Eine aus dem Schlamassel der Nachbarn resultierende Lektion könnte lauten: Schaffen es die Parteien der Mitte nicht mehr, sich miteinander zu verständigen, spielen sie damit den Autokraten und Kriegstreibern in die Karten.



Eine Reform des Paragraphen 218 wäre eine Chance für Frauen

Von Elisabeth Saller
elisabeth.saller@vrm.de

Bundestagsabgeordnete von Grünen, SPD und Linken wittern jetzt die Chance, den Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch zu reformieren und Schwangerschaftsabbrüche zu legalisieren. Die Zeit ist reif dafür. Die Gesetzesänderung hätte den positiven Nebeneffekt, dass sich die Versorgung verbessert, weil sich mehr Ärzte trauen würden, Abbrüche anzubieten, wenn diese nicht mehr illegal sind. Zur Mehrheit im Parlament fehlen den Antragstellern aber einige Stimmen. Die könnten auch von Konservativen kommen. Schließlich machen sich Unionspolitiker stark für Frauengesundheitsthemen, sie wollen die Endometriose-Forschung vorantreiben. Zur Frauengesundheit gehört aber auch die ungewollte Schwangerschaft. Abgeordnete von CDU und CSU sollten sich ernsthaft fragen, ob sie die Reform nicht unterstützen wollen. Eine Gewissensfrage kann man entgegen der Fraktionsmeinung beantworten. Zumal ihr Fraktionschef bei diesem Thema mit einer Lüge aufgefallen ist, als er von einem „Affront gegen die Mehrheit“ gesprochen hat. Das Argument, man müsse erst eine gesellschaftliche Debatte führen, ist nur ein Vorwand. Die Debatte wird seit Jahren geführt, die Menschen sind sich im Großen und Ganzen einig. Die große Mehrheit ist für die Legalisierung – auch Christen. Unverständlich ist auch, warum die FDP dagegen ist. Sonst hält sie bei jeder Gelegenheit die Fahne der Freiheit hoch. Geht es nun um die freie Entscheidung der Frau, packen die Liberalen die Fahne weg. Dabei gilt: Nur, weil Frauen eine Entscheidung zu einem legalen Abbruch treffen könnten, heißt das nicht, dass jede darin die Lösung für sich sieht. Scheitert der Vorstoß zur Reform, wird sich unter der nächsten, vermutlich unionsgeführten Bundesregierung nichts am Paragraphen 218 ändern. Es wäre jammerschade.



Karikatur: Gerhard Mester

Wird Paragraph 218 noch reformiert?

Seit Jahrzehnten ringt die Politik um den Umgang mit Abtreibung / Hat der Bundestag noch Kraft für eine Änderung?

Von Theresa Münch

BERLIN. Für Betroffene ist es oft die schwerste Entscheidung ihres Lebens, für die Gesellschaft ein hochsensibles Thema: Abtreibung. In Deutschland ist der Schwangerschaftsabbruch eine Straftat – auch wenn er unter ganz bestimmten Bedingungen nicht bestraft wird. Mehr als 300 Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen im Bundestag wollen das neu regeln. Ihr Antrag wurde im Plenum sehr emotional beraten – doch er läuft Gefahr, durch den Bruch der Ampel-Koalition ausgebremst zu werden.

Was gilt bisher bei Schwangerschaftsabbrüchen?

In Paragraph 218 des Strafgesetzbuches steht quasi ein Kompromiss: Eine Abtreibung ist in Deutschland grundsätzlich rechtswidrig, weil laut Grundgesetz das ungeborene Leben geschützt werden muss. Sie ist aber nicht strafbar, wenn sie innerhalb der ersten zwölf Wochen stattfindet und die Frau sich zuvor hat beraten lassen. Ohne Strafe bleibt ein Abbruch auch, wenn medizinische Gründe vorliegen oder wenn er wegen einer Vergewaltigung vorgenommen wird.

Warum wollen Abgeordnete mehrerer Fraktionen das ändern?

Sie sind der Meinung, dass Frauen, die abtreiben wollen, wegen des Gesetzes schlechter versorgt werden. Die strafrechtliche Regelung schreckt Ärztinnen und Ärzte davon ab, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen, argumentierte die SPD-Abgeordnete Carmen Wegge. Außerdem rechnen die Parlamentarier damit, dass Krankenkassen die Kosten für den Eingriff regulär übernehmen würden, wenn die Illegalität aufgehoben wird.

Laut Statistischem Bundesamt gab es in Deutschland im Jahr 2023 rund 106.000 gemeldete

Schwangerschaftsabbrüche – rund 2,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Oft sind junge Frauen betroffen, die meisten im Alter zwischen 18 und 34 Jahre. 96 Prozent der Abtreibungen wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen. Medizinische Gründe und Sexualdelikte waren nur in vier Prozent der Fälle Grund für den Abbruch.

Was schlagen sie genau vor?

Der maßgeblich von Grünen und SPD vorangetriebene Entwurf sieht vor, dass Schwangerschaftsabbrüche aus dem Strafrecht herausgenommen werden. Abtreibungen sollen bis zur 12. Woche rechtmäßig wer-

den. Die Pflicht zur Beratung soll bestehen bleiben, allerdings ohne die derzeit geltende Wartepflicht von drei Tagen zwischen Beratung und Abtreibung. Wenn ein Abbruch ohne Beratungsbescheinigung vorgenommen wird, soll sich künftig nur der Arzt oder die Ärztin strafbar machen. Die Frau bliebe straflos. Die Kosten sollen die Krankenkassen übernehmen.

Wie lief die Debatte im Bundestag?

Die Parlamentarier argumentierten teils hoch emotional. „Paragraph 218 symbolisiert seit 1871, dass eine Frau nicht das Recht hat, selbst über ihre Schwangerschaft und somit ihr Leben und ihren Körper zu bestimmen“, betonte die Grünen-Abgeordnete Ulla Schauws. Gyde Jensen von der FDP erklärte, in einer solch schwierigen Lage dürften Frauen nicht zusätzlich der Belastung ausgesetzt sein, potenziell eine Straftat zu begehen.

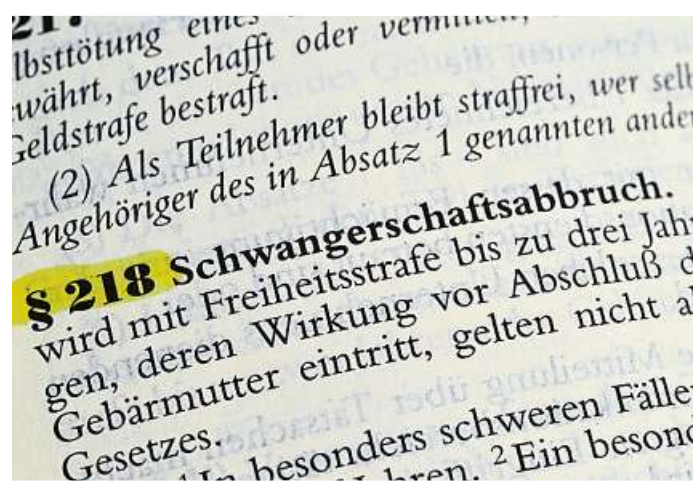
Dorothee Bär von der Union dagegen warf den Befürwortern vor, das Schicksal des ungeborenen Kindes nicht wichtig genug zu nehmen. Beatrix von Storch von der AfD erklärte: „Frauen können ja jetzt schon straflos das Leben ihres ungeborenen Kindes beenden – ich

persönlich finde das furchtbar.“

Welche Erfolgsaussichten hat der Reform-Antrag?

Der Bundestag kann noch bis zur für den 23. Februar geplanten Neuwahl Gesetze beschließen – mit straffem Plan wäre also ausreichend Zeit. Aber SPD und Grüne allein haben keine Mehrheit im Parlament. Versucht wird die Reform deshalb über einen sogenannten Gruppenantrag. Solche Anträge werden bei ethisch komplexen Fragen über Lagergrenzen hinweg gestellt. In der Regel müssen sich die Abgeordneten bei einer Abstimmung dann nicht an der Linie ihrer Fraktion orientieren, sondern entscheiden ganz frei.

Derzeit sitzen 733 Abgeordnete im Bundestag, für eine Mehrheit sind also 367 Stimmen nötig. Bisher unterstützen 328 Parlamentarier die Abtreibungs-Legalisierung, vor allem von SPD, Grünen und Linken, doch auch das BSW hat Zustimmung angekündigt. Ob der Bundestag überhaupt noch über den Antrag abstimmen wird, ist aber offen. Denn er wurde erst einmal in den zuständigen Rechtsausschuss überwiesen – und ob er zum Beschluss auf die Tagesordnung des Bundestags kommt, wird in diesem Ausschuss entschieden.



Der Paragraph 218 im Strafgesetzbuch regelt bislang die Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen. Foto: dpa

Die Union rückt von der FDP ab

Schwarz-Gelb galt bei Politikern von CDU und CSU lange als Wunschkoalition – doch die D-Day-Ereignisse haben Zweifel gesät

Von Hagen Strauß

BERLIN. Neulich waberte ein Gerücht durch das politische Berlin. Was in Tagen des Wahlkampfes nicht ganz ungewöhnlich ist. Aber dieses Gemunkel war ein ganz besonderes – die Union könnte doch vom D-Day-Plan der FDP gewusst haben, hieß es.

Angereichert wurde die Spekulation mit Andeutungen von führenden Sozialdemokraten. Darüber hinaus durch Berichte über ein angebliches „Geheimtreffen“ von Unions- und FDP-Politikern nach dem Ampel-Crash. Dass Unionisten und Liberale regelmäßig zusammenkommen, ist jedoch nichts Neues. Seit Jahren gibt es Gesprächskreise. In der CDU jedenfalls wehrte man ab – das

Gerücht sei Ausfluss des „Trennungsschmerzes“ der Ampel-Parteien, wurde in dieser Woche betont. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt äußerte sich am Rande der Unionsfraktionssitzung dazu öffentlich: Er sei ein „bisschen irritiert“, wer einbezogen sein solle in die FDP-Pläne. „Wir auf jeden Fall waren es nicht.“ Und Kanzlerkandidat Friedrich Merz nannte am Mittwochabend im TV den FDP-Titel „D-Day“ für den Ampel-Bruch „einigermaßen geschmacklos“. Auch ansonsten ließ er kein gutes Haar an FDP-Chef Christian Lindner. Das Verhältnis ist augenscheinlich arg angekratzt.

Zu beobachten ist dann auch in letzter Zeit eine ziemliche Entfremdung von Schwarzen und Gelben. Die war schon mal

zu Beginn der Legislaturperiode groß, als Unionspolitiker sich echauffierten, dass sie vor allem von FDP-Leuten stark angegangen würden. Das wurde damals damit erklärt, dass man als Union das vorschlage, was die FDP in der Koalition nicht umsetzen könne. Außerdem würden viele Liberale immer noch in die Union für den Rauswurf der FDP aus dem Bundestag am Ende der schwarz-gelben Koalition 2013 verantwortlich machen, hieß es.

Je länger die Ampel-Qualen aber andauerten, desto mehr rückte die FDP wieder heran an CDU/CSU – und umgekehrt. Bis hin zu offenen Avancen des früheren FDP-Generalsekretärs Bijan Djir-Sarai. Jetzt ist die Koalition Geschichte. Und in der CDU haben bis vor Kurzem ei-

nige von einem schwarz-gelben Bündnis nach der vorgezogenen Bundestagswahl geträumt. Nun aber wird betont: „Dazu müsste die FDP erst mal Gewicht auf die Waage bringen.“ Angesichts der Geschehnisse der letzten Wochen wird bei CDU/CSU stark bezweifelt, dass es die FDP überhaupt noch in den Bundestag schafft.

Mehr noch: Hinter vorgehaltener Hand wird die Frage gestellt, wie vertrauenswürdig und zuverlässig die FDP und ihr Vorsitzender Christian Lindner eigentlich noch sind? Merz betont schon länger, dass man keine Koalitionsaussage machen werde – „wir sollten uns auf uns konzentrieren“, verlautet es aus seinem Umfeld.

Auf Schützenhilfe der Union kann die FDP erst recht nicht

mehr hoffen. „Es wird keine Zweitstimmen-Kampagne geben.“ Anders als in früheren Zeiten.

Das hat freilich auch mit dem neuen Wahlrecht zu tun, das die Liberalen in der Ampel mit umgesetzt haben und worüber die CSU nachhaltig vergrätzt ist. Im alten Wahlrecht empfahlen Unionskandidaten mit sicherem Wahlkreis schon mal, die Zweitstimme der FDP zu geben. Im neuen Wahlrecht können nun Wahlkreissieger den Einzug in den Bundestag verpassen, wenn ihre Partei zu schwach abscheidet.

Noch gibt es Stimmen, die in der Union auf eine starke FDP hoffen: „Wirtschaftspolitisch sind wir uns am nächsten.“ Aber es werden deutlich weniger.

Lage in Georgien spitzt sich zu

TIFLIS (dpa). Nach Tagen voller Proteste gegen die Regierung in Georgien hat Ministerpräsident Irakli Kobachidze mit einer völligen Ausschaltung der Opposition gedroht. Er unterstellte den Gegnern der Regierung – so wörtlich – „liberalen Faschismus“. Er sagte in Tiflis: „Wir werden alles tun, um den liberalen Faschismus in unserem Land vollständig zu beenden.“

An den vergangenen sieben Tagen haben jeweils Tausende Menschen gegen die Entscheidung der Regierung protestiert, die Annäherung der Südkaukasusrepublik an die EU auf Eis zu legen. Dabei kam es auch zu Gewaltausbrüchen. Kobachidze behauptete, dass bestimmte politische Parteien die Hauptquelle der Gewalt seien. „Sobald wir in diese Parteibüros eindringen und die entsprechenden Gewaltmittel beschlagnahmten, endete die Gewalt sofort“, sagte Kobachidze. Die Polizei durchsuchte Büros der Oppositionsparteien, beschlagnahmte Gegenstände und nahm mehrere Politiker fest.

Pressefotograf in Syrien getötet

HAMA (dpa). Der Fotograf Anas Alkharboutil ist bei Kämpfen in Syrien getötet worden. Das teilte die Deutsche Presseagentur (dpa), für die Alkharboutil tätig war, in Berlin mit. Alkharboutil sei durch den Angriff eines Kampfflugzeugs in der Nähe der syrischen Stadt Hama getötet worden. Der 32-Jährige habe in einer „einzigen Bildsprache“ vor allem aus dem syrischen Bürgerkrieg berichtet. Seit 2017 habe er für die dpa im Nahen Osten gearbeitet, heißt es in einem Nachruf. „Wir alle bei dpa stehen unter Schock und sind unendlich traurig über den Tod von Anas Alkharboutil“, sagte Chefredakteur Sven Gösmann.

Streit um Datenspeicherung

BERLIN (dpa). Um die seit Jahren umstrittene anlasslose Speicherung von IP-Adressen zur Verbrechensbekämpfung ist im Bundestag heftig gestritten worden. Zur Debatte stand unter anderem ein Antrag der Unionsfraktion, der vorsieht, solche Daten, die zur Identifizierung eines Tatverdächtigen führen können, für drei Monate im Inland zu speichern. Zwischen der SPD und ihrem verbliebenen Koalitionspartner, den Grünen, gibt es dazu jedoch keinen Konsens. Während der Debatte gab es zahlreiche Zwischenrufe.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion
E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:
Andreas Härtel (Ltg.), Katharina Volkmann (Ltg.), Thomas Dix (Content-Manager), Alexandra Eckhardt (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Ploch, Sigrid Babst, Torsten Boor, Ken Chowanetz, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

Der geläuterte Extremist?

Der militärischen folgt die Charme-Offensive: Milizenchef Mohammad al-Dscholani verspricht den Syrern einen gerechten Neuanfang

Von Thomas Seibert

ALEPPO. Mohammad al-Dscholani will der Welt beweisen, dass Islamisten gut und gerecht regieren können. Der 42-jährige Chef der radikal-sunnitischen Miliz HTS besuchte jetzt die von seinen Kämpfern eroberte Stadt Aleppo in Nordsyrien und versprach den Aufbau einer neuen zivilen Verwaltung für alle Bewohner, auch für Christen, Kurden und andere Minderheiten. Dscholani hat die HTS von einem Ableger des Terrornetzwerkes Al Kaida zu einer Miliz umgebaut, die im Kampf gegen Machthaber Baschar al-Assad die Zivilbevölkerung auf ihre Seite bringen will. Dafür sei er sogar willens, die HTS aufzulösen, sagt er. Nicht alle Syrer nehmen Dscholani die Wandlung ab.

Im Jahr 2003 im Irak gegen die USA gekämpft

Dscholani wuchs in Damaskus auf, schloss sich als junger Mann im Jahr 2003 dem Kampf gegen die US-Invasion im Irak an und stieg in der irakischen Al-Kaida-Organisation auf. Nach eigenen Angaben saß er im Irak einige Zeit in US-Militärgefängnissen. Mit seiner gewalttätigen Vergangenheit ist er im Reinen. „Wenn die Amerikaner nicht einmarschieren, hätte es auch keinen Widerstand gegeben“, sagte er vor knapp vier Jahren dem US-Sender PBS. Nach dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges 2011 kehrte Dscholani in sein Heimatland zurück und baute die sogenannte Nusra-Front auf, die als syrische Al-Kaida-Gruppe gegen Assad und gemäßigte Oppositionsgruppen kämpfte. Dabei wurde er von Abubakr al-Bagdadī unterstützt, dem späteren Anführer des Islamischen Staates (IS). Die Nusra-Front setzte Selbstmordattentäter ein und strebte ein „Kalifat“ an. Die USA setzten ein Kopfgeld von zehn Millionen Dollar auf Dscholani aus.



Flüchtlinge sitzen in einem Lager in der Stadt Tabqa im Norden Syriens. Tausende von kurdischen Familien, die aus Aleppo und Tel Rifaat vertrieben wurden, sind dort in provisorischen Unterkünften untergekommen. Foto: dpa

Im Jahr 2016 sagte sich Dscholani von Al Kaida und dem IS los und wandelte die Nusra-Front ein Jahr später in die Organisation zur Befreiung der Levante (HTS) um, die global-dschihadistische Ziele aufgab und sich auf den Kampf gegen Assad konzentrierte. Die HTS eroberte die nordwestliche Provinz Idlib und errichtete dort eine „Regierung der Erlösung“. Menschenrechtler werfen der Gruppe vor, Zivilisten bei

Bombenanschlägen getötet und Gegner gefoltert und ermordet zu haben. Die USA stuften die Gruppe 2018 als Terrororganisation ein. Dscholani findet das „unfair“, wie er PBS sagte. Schließlich bedrohte die HTS den Westen nicht. In Idlib schuf Dscholani in den vergangenen Jahren neue HTS-Strukturen wie eine Militärademie und einen Zivilschutz, die es der Gruppe ermöglichen sollten, neue Gebiete zu erobern und zu halten. Die Rechnung ging auf. Beim Überraschungsangriff auf Aleppo vorige Woche setzten HTS-Kämpfer moderne

Drohnen ein. Gleichzeitig erklärte die Organisation, Minderheiten hätten nichts zu befürchten, und verteilte Brot und Zelte an Bedürftige in Aleppo. Die HTS schickte Straßenkehrer, um zu zeigen, dass sie auf das Wohl der Zivilisten bedacht ist. Am Donnerstag nahm die Miliz auch die Stadt Hama ein, die auf dem Weg nach Damaskus liegt. Dscholani verspricht einen gerechten Neuanfang. Alle bewaffneten Kämpfer – auch die der HTS – sollten sich in den kommenden Wochen aus Aleppo zurückziehen und die

Macht an eine zivile Verwaltung übergeben, sagte er der Nahost-Expertin Doreen Khalifa von der Denkfabrik International Crisis Group. Die HTS erwäge sogar die Selbstauflösung zugunsten von „neuen Institutionen, die die ganze Breite der syrischen Gesellschaft abbilden“, sagte Dscholani. Ob das wirklich geschehe, bleibe abzuwarten, kommentierte Khalifa auf X. Viele Syrer hätten „verständliche Sorgen“ angesichts der extremistischen Vergangenheit der HTS. Auch der Westen bleibt skeptisch. Deutschland,

Frankreich, Großbritannien und die USA erklärten nach der Eroberung von Aleppo, sie beobachteten die Lage in Syrien genau. Die HTS hat ein Interesse daran, ihr Image als Terrorgruppe loszuwerden, um leichter an ausländische Hilfsgelder und militärische Unterstützung zu kommen. Dscholani's Charme-Offensive allein reicht dafür nicht aus.

Assad-Regime international keinesfalls isoliert

Hinzu kommt, dass die Erfolge der HTS einigen wichtigen internationalen Akteuren unlegen kommen. Der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Mohammed bin Zayed, stärkte Assad nach Beginn der HTS-Offensive den Rücken. Zayed verfolgte strategische Ziele, sagte Nahost-Experte Thomas Demmelhuber von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg unserer Zeitung. Die Golf-Staaten sehen die Schwäche des syrischen Regimes demnach „als willkommene Chance, Assad aus der engen Umklammerung Irans zu lösen und damit Teherans regionalpolitische Rolle mehr einzuhegen“.

Mit den USA sprachen die Vereinigten Arabischen Emirate vor Kurzem darüber, Sanktionen gegen Assad aufzuweichen, um dem syrischen Machthaber einen Anreiz zu geben, vom Iran abzurücken. „Zwar fanden diese Gespräche noch vor der Offensive der HTS und alliierter Gruppen statt, dennoch lassen sie eine positive politische Großwetterlage in der Region für das Assad-Regime erkennen“, meint Demmelhuber. Dscholani hat mit der Eroberung von Aleppo ein wichtiges Etappenziel erreicht – doch er ist noch weit davon entfernt, in Syrien und international als Alternative zu Assad anerkannt zu werden.

Deutsche Soldaten in die Ukraine?

Nach Äußerungen der Außenministerin über die deutsche Beteiligung an einer möglichen Friedenstruppe ist eine heftige Debatte über die Ukraine-Politik entbrannt

Von Jan Drebes

BERLIN. Verteidigungsminister Boris Pistorius ist an diesem Donnerstag im Bundestag sehr deutlich geworden: „Russland hat vollständig auf Kriegswirtschaft umgestellt und stellt der Armee jedes Jahr 1.000 bis 1.500 Panzer auf den Hof. Das sind etwa doppelt so viele, wie die größten fünf europäischen Länder zusammen überhaupt im Bestand haben“, sagte der SPD-Politiker. „Für uns steht fest: Russland ist die größte Bedrohung unserer Sicherheit, und es wird das auf absehbare Zeit auch bleiben.“

Angesichts dieser Bedrohung und zahlreicher Beispiele von jüngsten Zwischenfällen hat die Debatte über den künftigen Kurs in der Ukraine-Politik an Fahrt aufgenommen. Hier die Antworten auf die wichtigsten Fragen zum aktuellen Streit.

Worum geht es beim Thema Bundeswehrtruppen?

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) war bei einem Nato-Außenministertreffen in Brüssel gefragt worden, welche Rolle Deutschland spielen könne, wenn es eines Tages zu einer internationalen Truppenpräsenz in der Ukraine zur Absicherung eines Waffenstillstands komme. Sie antwortete, Deutschland werde



Ukrainische Soldaten proben auf einem Übungsplatz bei Charkiw für den Einsatz an der Front. Noch tobt in der Ukraine der Krieg unvermindert. In Deutschland wird über die Zeit danach diskutiert – auch über den möglichen Einsatz von Bundeswehrgoldaten. Foto: dpa

alles, was „dem Frieden in der Zukunft“ diene, mit „all unseren Kräften“ unterstützen. Dies wurde so interpretiert, dass Baerbock sich eine deutsche Beteiligung an einer Friedenstruppe vorstellen könne.

Wie fallen die Reaktionen aus?
Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) lehnt es derzeit ab, über eine deutsche Beteiligung an einer möglichen Friedenstruppe für die Ukraine nach Kriegsende zu diskutieren. Es sei „ganz unangemessen“, jetzt darüber zu spekulieren, was genau nach dem Ende des Krieges passiere, sagte er.

Auch Oppositionschef Friedrich Merz übte scharfe Kritik. Er halte es „für unverantwortlich, zu einem jetzigen Zeitpunkt so eine Spekulation in

die Welt zu setzen“, sagte Unionskanzlerkandidat Merz über Baerbocks Äußerungen. „Diese Frage stellt zurzeit niemand.“

BAERBOCK WIRFT RUSSLAND EIN „ZYNISCHES SPIEL“ VOR

► Außenministerin Annalena Baerbock hat **Russland** angesichts seines Verhaltens in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ein „zynisches Spiel“ vorgeworfen. „So wie Russland **Bomben und Drohnen** benutzt, um den Frieden und die **Sicherheit in Euro-**

pa ins Visier zu nehmen, so legt **Putin die Axt auch an die OSZE an**“, sagte Baerbock vor Beginn des zweitägigen OSZE-Außenministertreffens auf der Mittelmeeresinsel Malta.

► Russlands Außenminister **Sergej Lawrow** war zuvor **trotz westlicher Sanktionen** der

Wie hoch sind die Chancen, dass deutsche Soldaten in die Ukraine geschickt werden?

Verschwindend gering bis ausgeschlossen auf absehbare Zeit. Pistorius äußerte sich sehr zurückhaltend. „Wir bereiten uns vor, wir spielen die Szenarien durch, aber das machen wir vertraulich“, sagte er am Donnerstag. Nun sei noch nicht der Zeitpunkt, öffentlich über Szenarien zu diskutieren. Die Antwort auf die Frage nach einer militärischen Beteiligung an einer Friedenstruppe werde am Ende davon abhängen, „wie die Bedingungen sind“, sagte Pistorius. Es gebe hier aktuell noch „viele Wenn-Fragen und Falls-Fragen“. Der Minister fügte hinzu: „Falls es zum Waffenstillstand kommt und falls es dann dazu kommt, dass jemand – wer auch immer – friedenssichernde Maßnahmen mit militärischen Mitteln dort vorsieht, hängt das von der Art des

Mandats ab, vom Umfang, von den Anforderungen, von der Akzeptanz durch die heute kriegsführenden Parteien.“

Könnte Deutschland in den Krieg hineingezogen werden, etwa durch den Beschuss des Bundeswehr-Helikopters?

Das ist so schnell nicht möglich. Die Bundesregierung und die Nato-Partner versuchen mit allen Mitteln, eine direkte Beteiligung von Bündnisländern am Krieg mit Russland zu verhindern. Am Mittwoch war bekannt geworden, dass es wohl einen Vorfall zwischen einem Hubschrauber der Bundeswehr und einem russischen Schiff gegeben hat. Dabei hatte die Besatzung des russischen Schiffs mit Signalmunition geschossen. Baerbock hatte darauf verwiesen, dass in der Ostsee immer wieder Schiffe unterwegs sind, die an der Umgehung von Sanktionen wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine beteiligt sind. Zur Frage einer möglichen Eskalation sagte Pistorius, die deutsche Marine und die Marine der Alliierten verhielten sich sehr umsichtig. „Sie registrieren die Vorfälle, sie berichten sie, sie reagieren durch deeskalierende Maßnahmen und lassen sich auf keinerlei provozierendes Verhalten ein, weil das ist das Letzte, was wir gebrauchen können.“

Kindernachricht des Tages

**Beliebtstes
Passwort: 123456**



Foto: jamdesign - stock.adobe

Das beliebteste Passwort der Deutschen heißt: 123456. An zweiter Stelle folgt „password“, also das englische Wort für Passwort. Klar, dieses Wort und die Zahlenfolge sind leicht zu merken, aber leider auch superleicht zu knacken. Deshalb solltest du sie auf keinen Fall verwenden. Sicher sind Passwörter, wenn sie aus acht bis 15 Buchstaben bestehen. Darunter sollten auch Großbuchstaben sein. Außerdem sollten Passwörter viele Zeichen wie Sonderzeichen, Satzzeichen oder Zahlen beinhalten. Es gilt: Je komplizierter, desto besser. (kp)

Mehr Nachrichten für Kinder und alles über die Kinderzeitung „Kruschel“ gibt es auf www.kruschel.de

New York feiert 50.000 Lichter

NEW YORK (dpa). Mit dem traditionellen Anknipsen der mehr als 50.000 bunten Lichter am wohl bekanntesten Weihnachtsbaum der Welt am Rockefeller Center ist die Millionenmetropole New York offiziell in die Festsaison gestartet. Tausende Menschen schauten trotz niedriger Temperaturen vor Ort zu. Das seit Anfang der 1930er Jahre jährlich zelebrierte Anzünden der Lichter am Baum vor dem Rockefeller Center gilt als eine der beliebtesten New Yorker Weihnachtstraditionen. Der diesjährige Baum ist eine rund 28 Meter hohe Fichte aus dem US-Bundesstaat Massachusetts. Auf der Spitze des Baumes sitzt ein rund 400 Kilogramm schwerer, von Star-Designer Daniel Libeskind gestalteter Stern.



28 Meter hoch, 50.000 Lichter und eine 400 Kilogramm schwere Spitze: Der Weihnachtsbaum vor dem Rockefeller Center in New York. Foto: dpa

„Tagesschau“ ohne Fotos

HAMBURG (dpa). Blauer Bildschirm statt bildfüllende Fotos zu den Nachrichten: Am Donnerstagmorgen musste die ARD-„Tagesschau“ einige Ausgaben lang wegen eines abgestürzten Grafiksystems auf die üblichen Bilder im Hintergrund des Nachrichtensprechers verzichten. Das Grafiksystem sei seit der 1.58-Uhr-Sendung abgestürzt, teilte der Norddeutsche Rundfunk (NDR) mit. Mit der 9.00-Uhr-Sendung funktionierte das Einspielen der Bilder wieder normal.



In Berlin sind nächtens ICE-Züge ohne Passagiere unterwegs, weil es nicht genug Abstellmöglichkeiten für die Schienenflitzer gibt.

Foto: dpa/VRM-Montage: Stang

Es fährt ein Zug nach nirgendwo ...

Der Bahn fehlen in Berlin nachts Abstellgleise für ihre immer größere ICE-Flotte / Das soll kuriose Folgen haben

Von Ken Chowanetz

BERLIN. Pendler ohne eigenen Parkplatz kennen das: Da kommt man erschöpft von der Arbeit nach Hause und kurvt – Anwohnerparkausweis hin, Anwohnerparkausweis her – mit dem Auto ewig durch sein Wohngebiet, weil die Stellplätze knapp und deshalb alle belegt sind.

Ähnliche Probleme hat derzeit einem Bericht der Berliner Zeitung „Tagesspiegel“ zufolge die Deutsche Bahn. Der ICE-Fuhrpark wächst immer weiter an und immer mehr der Schienenflitzer steuern Berlin an. Weil der ICE-Betrieb nachts weitgehend ruht, würden, so die Zeitung, dem Konzern während dieser Zeit in der Hauptstadt die Abstellgleise fehlen. Deshalb würden allnächtlich „fünf oder sechs“ Züge leer auf dem sogenann-

ten Berliner Außenring der Stadt umkreisen, „um die Zeit bis zum Morgen zu überbrücken“. Auf den stundenlangen Touren würden immer wieder lange Pausen eingelegt, um die Fahrten zu verlängern – sozusagen bis zum Morgengrauen. Da werden Erinnerungen wach an den Christian-Anders-Schlager „Es fährt ein Zug nach nirgendwo“.

Konzernsprecher reagiert mit einem halben Dementi

Was, von den Energiekosten abgesehen, an sich nur eine Schmonzette wäre, die lediglich die stetig wachsende Zahl der Bahnkritiker genüsslich in den sozialen Netzwerken verbreiten würde, hat dem „Tagesspiegel“ zufolge ernste Konsequenzen. Denn die ICEs sind ja nicht völlig leer. Vorne in den Geisterzügen sitzen ver-

ständlicherweise Lokführer – und die würden wegen der Nachtschicht im regulären Tages-Zugbetrieb fehlen. Was das angesichts des allgemeinen Personalmangels bei diesem Berufsstand bedeutet – laut „Wirtschaftswoche“ geht die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer von bundesweit 1.200 unbesetzten Stellen aus –, kann sich jeder ausrechnen. Fahrplanmäßige ICE-Verbindungen würden ausfallen, behauptet denn auch der „Tagesspiegel“.

Die Bahn reagiert mit einem halben Dementi auf den Bericht über die angeblichen nächtlichen Aktivitäten in Berlin. Ein Unternehmenssprecher sagte dem Nachrichtenportal ntv.de beinahe schon beherzt: „Überführungs- und Abstellfahrten sind ein ganz normaler Vorgang“ – nicht nur in Berlin, sondern auch in ande-

ren Regionen Deutschlands. Aber: „Es kommt wegen dieser nächtlichen Fahrten zu keinen Zugausfällen für unsere Fahrgäste.“

Bau von „Parkplätzen“ angeblich im Zeitplan

Das dem „Tagesspiegel“-Bericht zugrundeliegende Problem bestätigt der Bahnsprecher hingegen – und auch die Statistik spricht Bände. Während der „Allianz pro Schiene“ zufolge der Passagierverkehr seit 1995 um 46,8 Prozent, der Güterverkehr gar um 80,1 Prozent zugenommen hat, sank die Länge des Schienennetzes um 11,8 Prozent. In den vergangenen Jahren machte die Bahn geradezu Jagd auf nicht benötigte Gleise, legte diese still oder demontierte sie gar.

Im ablaufenden Jahr 2024 setzte die Deutsche Bahn nach

den Worten von dessen Vorstandsvorsitzendem Richard Lutz alle drei Wochen einen neuen ICE auf die Schienen. Die Flotte soll, so Verkehrsminister Volker Wissing, von derzeit gut 400 Zügen bis zum Jahr 2030 auf 450 Züge anwachsen.

Weniger „zügig“ geht es laut „Tagesspiegel“ beim Bau von ICE-„Parkplätzen“ voran. Den geplanten Neubau von Abstellgleisen unmittelbar südlich von Berlin habe die Bahn nach Anwohnerprotesten aufgegeben. Eine andere solche Anlage sei auf dem ehemaligen Güterbahnhof Schönholz geplant. Früheste Inbetriebnahme ist allerdings laut Nachrichtenportal msn.com erst im Jahr 2028. Der von ntv.de befragte Bahnsprecher sieht die Lage indes optimistisch: Die Planungen und Arbeiten seien voll im Zeitplan.

Gefängnisse voll: Häftlinge dürfen früher raus

DEN HAAG (dpa). Die niederländischen Gefängnisse sind nach Angaben der Regierung so voll, dass es keinen Platz mehr für neue Verurteilte oder Festgenommene gibt. Straftäter würden daher ab nächster Woche vorzeitig entlassen, teilte die zuständige Staatssekretärin im Justizministerium, Ingrid Coenraide, mit. Die Staatssekretärin ist im Gespräch mit Estland, ob dort Zellen gemietet werden können. Vorerst geht es um eine Verkürzung der Strafen von drei Tagen. Doch das solle auf eine Woche erweitert werden. Auch der Erlass einer Strafe sei möglich, sagte die Staatssekretärin. „Ich kann das nicht ausschließen, so schlimm ist es.“ Auch die Zellen auf Polizeiwachen sind voll. Daher gebe es nun auch nicht genug Platz für Menschen, die etwa bei Ausschreitungen festgenommen würden. Grund für die großen Engpässe sind den Angaben zufolge Personalmangel und die längeren Haftstrafen, die verhängt würden. In den vergangenen Monaten waren bereits Menschen vorzeitig entlassen oder die Haftzeiten von Straftätern ausgesetzt worden, bis eine Zelle frei war.

Versicherungschef erschossen

NEW YORK (dpa). Nach den tödlichen Schüssen auf einen US-Versicherungschef im Herzen New Yorks ist der Täter weiter auf der Flucht. Auch in der Nacht zum Donnerstag suchten Einsatzkräfte in der US-Metropole mit einem Großaufgebot der Polizei, Drohnen und Spürhunden nach ihm, wie die „New York Times“ berichtete. Der Chef des US-Versicherers United Healthcare, Brian Thompson, war am Mittwochmorgen von einem bislang Unbekannten vor einem Hotel- und Wohngebäude in der Nähe des Times Squares niedergeschossen worden. Der 50-Jährige erlag den Verletzungen laut der New Yorker Polizei im Krankenhaus. Das Motiv für die Tat war noch unklar. Wie die „New York Times“ unter Berufung auf Ermittler berichtete, soll Thompson kürzlich Drohungen erhalten haben.

Prozess um Entführung einer Affendame

Bande stahl das Tier aus seinem Gehege im Leipziger Zoo / Anklage umfasste auch weitere Punkte / Amtsgericht verweist Verfahren ans Landgericht

LEIPZIG/CHEMNITZ (dpa). Den mutmaßlichen Entführern von Affendame Ruma aus dem Leipziger Zoo drohen mehrjährige Haftstrafen. Deswegen hat das Amtsgericht Chemnitz vorerst kein Urteil gegen die drei jungen Männer verhängt, sondern den Fall ans Landgericht verwiesen. Nach Auffassung der Richter müsse für zwei der Angeklagten Erwachsenenstrafrecht angewendet werden, sagte eine Gerichtssprecherin. Das Amtsgericht selbst könne nur Strafen von

bis zu vier Jahren aussprechen – im konkreten Fall sei aber ein höheres Strafmaß zu erwarten.

Die Anklage lautet unter anderem auf schwere räuberische Erpressung und Bandendiebstahl. Den drei jungen Männern wird vorgeworfen, sich zu einer Bande zusammengeschlossen und sich Sturmmasken, Softair- und Schreckschusswaffen beschafft zu haben, um Einbrüche und Raubdiebstähle zu begehen. Die Affenentführung



Opfer einer Entführung: die 15 Jahre alte Affendame Ruma aus dem Leipziger Zoo. Foto: dpa

ist nur ein Vorwurf, die Anklage umfasst insgesamt zehn Punkte. Dazu gehören Überfälle auf Tankstellen, Einbrüche in Geschäfte und der Diebstahl von Autos.

Ruma war in der Nacht zu Ostersonntag aus ihrem Gehege gestohlen worden. Mit einer Leiter hätten die Angeklagten dabei den Wassergraben ins Freigehege überwunden und das Tier eingefangen, so die Staatsanwaltschaft. Im Auto brachten sie es zunächst in eine Garagenanlage nach

Chemnitz, setzten es aber Tage später wieder in einem Park in Leipzig aus. Der Wert des Affen wurde in der Anklage mit rund 5.000 Euro angegeben. Doch warum brachten sie den Affen überhaupt in ihre Gewalt und was haben sie dort mit ihm gemacht? Dazu blieben die Männer Antworten schuldig.

Inzwischen hat Ruma ein neues Zuhause in einem Tierpark in Sofia gefunden, wie der Zoo auf Anfrage informierte. Die Haltung von Bartaffen

werde aufgegeben, ihr Gehege den neuen „asiatischen Inselwelten“ weichen.

Der Prozess am Amtsgericht Chemnitz stieß auf großes Zuschauerinteresse. Mitarbeiter des Gerichts holten mehrfach weitere Stühle in den Saal, um allen Interessierten Platz zu bieten. Verhandelt wurde der Fall vom Jugendschöffengericht, da die Männer zum Zeitpunkt der Taten 17, 18 und 19 Jahre alt waren. Sie stammen aus der Ukraine und aus Russland.

LEUTE HEUTE

Keine Rückkehr

Prinz Harry (40) hat Gerüchten über eine dauerhafte Rückkehr ins Vereinigte Königreich eine Absage erteilt. Er wolle in den USA bleiben, sagte der jüngere Sohn des britischen Königs Charles III. auf eine entsprechende Frage bei einer Veranstaltung in New York. „Ich genieße es sehr, hier zu leben und meine Kinder hier großzuziehen“, sagte Harry.



Prinz Harry

Keine Preise

US-Schauspielerin **Angelina Jolie** (49) hat für ihre Arbeit etliche Preise gewonnen, darunter auch einen Oscar. In ihrem Haus sind die aber nicht ausgestellt. „Ich glaube ehrlich gesagt, ich wollte nie, dass es in meinem Haus ein Fokus ist“, erklärte Jolie dem US-Portal „Access Hollywood“. Jolie gewann unter anderem im Jahr 2000 einen Oscar für das Drama „Durchgeknallt“.



Angelina Jolie

Kein Jobangebot

Unionskanzlerkandidat **Friedrich Merz** (69) hat bestätigt, dass er mit Dieter Bohlen telefoniert hat – ein Jobangebot hat er dem Musiker aber nicht unterbreitet. Das sagte Merz in der ARD-Sendung „Maischberger“. Bohlen, Sänger, Musik-Produzent und Juror bei „Deutschland sucht den Superstar“, hatte sich unlängst als Berater des nächsten Kanzlers ins Gespräch gebracht.



Friedrich Merz Fotos: dpa



GUTEN MORGEN SCHIFFERSTADT

1912: Büste der Nofretete entdeckt

Am 6. Dezember 1912 findet der deutsche Archäologe Ludwig Borchardt im altägyptischen Tell el-Amarna die über 3.000 Jahre alte Büste der Königin Nofretete. Der Kunstschatz wurde in der Regierungszeit des Pharaos Echnaton zur Zeit der 18. Dynastie zwischen 1353 und 1336 v. Chr. gefertigt. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen zwischen Ägypten und der Deutschen Orient-Gesellschaft kommt die Kalksteinbüste 1913 nach Deutschland, wo sie 1924 erstmals ausgestellt wird. Bis heute wird diskutiert, ob es sich bei der Büste der Nofretete um Raubkunst handelt. Seit 2009 befindet sich die Skulptur im Ägyptischen Museum der Staatlichen Museen zu Berlin.

1947: Erster SED-Volkskongress

Am 6. Dezember 1947 organisiert die SED den „Ersten Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“. Delegierte aus allen Besatzungszonen nehmen teil, wobei der Großteil aus der Sowjetischen Besatzungszone kommt und von der SED ausgewählt wurde. Die Teilnehmer fordern eine gesamtdeutsche Regierung. Die westlichen Besatzungszonen lehnen dies jedoch ab. Am 17. und 18. März 1948 findet der Zweite Deutsche Volkskongress statt. Die Anwesenden wählen den Ersten Deutschen Volksrat und ein Präsidium, dessen Vorsitzender der spätere DDR-Präsident Wilhelm Pieck wird.



Schifferstadt (suk). Musik verbindet Menschen. Sie tut der Seele gut, trägt, gibt Hoffnung, hilft, ist Türöffner und für viele Lebenselixier. „Macht hoch die Tür“ sagt das Tagblatt diesmal in der Adventszeit bis zum 24. Dezember. Täglich berichten Menschen aus der Stadt, die die Musik als Hobby erkoren haben, über ihre liebsten Weihnachtslieder und den musikalischen Zauber an den Festtagen. Heute: Manuel Funk.

Schon von Kindesbeinen an singt Manuel Funk bei Chören von St. Jakobus. Zu seiner Zeit als aktiver Sänger des Kinderchors der Jungen Kantorei hat er auch sein bis heute liebstes Weihnachtslied kennengelernt.

Adeste fideles nennt Funk als Favoriten, zu Deutsch: Nun freut euch ihr Christen. „In dem Lied geht es darum, dass Christus der Heiland

als Kind zu uns hiernieder stieg, um uns Frieden zu beschern. Das Lied erfüllt mich stets mit einem innerlichen Frieden, den ich jedem Menschen auf der Welt wünsche“, betont Funk, der mit Bedauern wahrnimmt, dass „viele leider nicht von innerlichem Frieden beseelt sind“.

Was ein Weihnachtslied ausmacht, kann der Schifferstadter gut auf den Punkt bringen. „Es muss mir beim Singen ein Glücksgefühl und Freude geben“, stellt er heraus. Die weihnachtlichen Melodien gehören für den Sänger, der seit langer Zeit im katholischen Kirchenchor St. Jakobus mitwirkt, zur Adventszeit und zur Vorfreude aufs Fest unbedingt dazu.

„Die weihnachtliche Kirchenmusik bringt mir Freude, spendet Trost und erfüllt einige Tage im Jahr mit einem festlichen Glanz.“

ANZEIGEN



Stadtwerke Schifferstadt
www.sw-schifferstadt.de

Vollzug der Entgeltsetzung Abwasserbeseitigungseinrichtung vom 17. Juni 1996; Absetzung von Wasser, das nicht in den Kanal fließt

Bei der Berechnung der Benutzungsgebühren für die Einleitung von Schmutzwasser in die Abwasserbeseitigungsanlage bleibt nach Ablesung des Frischwasserbezuges eine Wassermenge von 10 % für Einleitungen, die nicht in den Kanal fließen, unberücksichtigt.

Wir weisen darauf hin, dass auch ein höherer Prozentsatz anerkannt werden kann, sofern der entsprechende Nachweis bis zum 31. Januar 2025 erbracht wird. Als Nachweis gilt insbesondere das Messergebnis eines Zählers (geeichter Wasserzähler), der auf Kosten des Gebührenschuldners einzubauen ist. Diese Wasserzähler sind an den Stellen einzubauen, an denen Wasser entnommen wird, das nicht in die Abwasserbeseitigungseinrichtung gelangt.

Nähere Auskunft wird durch Frau Lorenz, Mühlstraße 18, Tel. 4901-254, erteilt.

Schifferstadt, 06. Dezember 2024
Werkleiter Hans-Jürgen Rossbach

WIR GRATULIEREN

Herrn Helmut Beuck, zum 90. Geburtstag.
Frau Marianne Heberger, zum 83. Geburtstag.

Neue Grabart soll kommen

WALDFRIEDHOF Fläche für Doppel-Rasenurnengrab wird gesucht

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Das Portfolio der Grabarten auf dem Schifferstadter Waldfriedhof soll um eine Art erweitert werden. Wie die aussehen soll, erklärte der zuständige Beigeordnete Dieter Weißenmayer in der zurückliegenden Sitzung des Forst- und Agrarausschusses mit Hilfe eines Musterkoffers.

Die Häufung von Anfragen nach der Möglichkeit, zwei Urnen nebeneinander in ei-

nem Rasenfeld beizusetzen hat die Recherche bei der Friedhofsverwaltung ausgelöst. Bislang ist dies nämlich nicht auf dem Waldfriedhof vorgesehen. „Aktuell kann nur eine Urne in ein Rasenurnengrab beigesetzt werden“, zeigte Weißenmayer auf. Dabei handle es sich um ein Reihengrab, welches der Reihe nach in entsprechendem Abstand belegt wird. „Die Ruhezeit liegt dabei folglich eng beieinander“, so der Beigeordnete. Die Folge: Partner

können nicht nebeneinander bestattet werden. In dem Musterkoffer, den Weißenmayer mitgebracht hatte, befand sich eine Lösung. „Bei dieser Grabform wird ein Edelstahlrohr in der Erde versenkt. Dort kommt die Urne rein und die Grabstelle wird mit einer Spezialplatte verschlossen“, führte er aus. Ebenso speziell sei das Werkzeug, mit dem die Platte wieder entfernt werden müsse, um eine zweite Urne obendrauf

zu setzen. „Es bedarf also keiner weiteren Erdbewegung mehr“, erklärte Weißenmayer, der dieses Angebot als „gute und schöne Möglichkeit für Leute“ bezeichnete, die gemeinsam in einem Rasenurnengrab beigesetzt werden wollen. Den Sorgen von Ulla Behrendt-Roden (Grüne) wegen des Materials Kupfer begegnete Weißenmayer mit der Aussage der Firma, die kostenlosen Ersatz bei Vandalismus oder Schändung zusi-

chere. Für Claus Litz (CDU) war das gemeinsame Rasenurnengrab ein „Zusatzangebot, das man nicht braucht“. Eine Grundsatzentscheidung sei es, ob die neue Form gewünscht wird. Notwendig, meinte er, sei sie nicht. Weißenmayer wiederholte: „Uns hat die Variante sehr gut gefallen.“ Die Kalkulation könne allerdings erst gemacht werden, wenn eine geeignete Fläche zur Umsetzung feststeht. Diese werde derzeit gesucht.

Urzustand wird wieder hergestellt

AUSSCHUSS Waldwege in Abteilung Lettenhorst und am Läuferweg werden ertüchtigt

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. In den Urzustand versetzt werden soll der Waldweg in der Abteilung Lettenhorst, der durch schweres Gerät vor etlichen Jahren in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Mehrfach schon war der Anlauf der Wiederherrichtung genommen worden. Jetzt setzt der Forstbetrieb die Hoffnung auf den Zieleinlauf. „Vor drei Jahren haben wir das Wegestück zwischen der

Tankstelle zur Verlängerung der Herzog-Otto-Straße demoliert. Spurrillen sind entstanden“, rief Förster Georg Spang im Forst- und Agrarausschuss notwendige Waldarbeiten in Erinnerung. Gegenmittel zu ergreifen sei bis jetzt aufgrund der schlechten Witterung nicht drin gewesen. Gerade die Zeit seit November 2023 sei extrem feucht gewesen, was sich zwar positiv auf den Wald als solchen, aber belastend auf

die Wege ausgewirkt habe. „Von Bürgerseite gab es so viele Beschwerden, dass wir nun endlich etwas tun müssen“, machte Spang deutlich. Ramona Klein (Grüne) erschloss sich nicht, weshalb der Weg in der Abteilung Lettenhorst mit Schotter versehen werden soll. Spang wies darauf hin, dass so der Urzustand gewesen sei. „Der Weg“, ergänzte er, „gilt nicht als Waldweg erster Kategorie. Er war so und soll so wieder werden,

zumal das Befahren – beispielsweise im Einsatzfall für die Feuerwehr – damit besser händelbar ist.“ Claus Litz (CDU) wies darauf hin, dass die letzte Schicht der aufgegebenen Wegefüllung ausschlaggebend ist. „Die Schotterung braucht man, damit das Wasser besser absickern kann“, warf er ein. Der zuständige Beigeordnete Stefano Tedesco (BIS) sicherte zu, nur so viel zu machen wie nötig. „An der Stelle müssen

wir. Das ist eine reine Ertüchtigung“, unterstrich er. Das gleiche gilt für den Läuferweg, der vom FSV-Platz in den Wald führt. „Dort sind zwei Matschlöcher, die ebenfalls wieder befüllt werden müssen“, sagte Spang. Frühjahr wird es seiner Schätzung nach werden, bis die Arbeiten durchgeführt werden können. Ausgeschrieben sind sie bereits. Etwa 9000 bis 10.000 Euro müssen aufgebracht werden.

Heute: Nikolaus-Stiefel-Aktion für Kinder in der Schifferstadter Innenstadt

Stiefelsuche mit Glühwein, Punsch und Waffeln auf dem Schillerplatz

SCHIFFERSTADT. Ich sehe was, was du nicht siehst und das ist... dein Stiefel! Die erfolgreiche Nikolaus-Stiefel-Aktion vom Stadtmarketing und den Schifferstadter Einzelhändlern geht dieses Jahr in die nächste Runde (wir berichteten).

In diesem Jahr können die Kinder am heutigen Nikolaus-Tag, Freitag den 6. Dezember alleine oder mit ihren Familien durch die Stadt flitzen und mit großen Augen die Schaufenster der Geschäfte absuchen und ihren Stiefel direkt in den Geschäften abholen. Das gemütliche Treffen bei Punsch, Glühwein und Waffeln findet ab 14 Uhr auf dem Schillerplatz statt. Wer bis Mittwoch, 4. Dezember seinen leeren und sauber geputzten Stiefel im Rathaus abgeben hatte, kann mitmachen und heute auf die Suche gehen. Wo der Stiefel versteckt sein könnte, sieht man auf der Übersicht der teilnehmenden Geschäfte.

Die gesammelten Stiefel sind an die teilnehmenden Einzelhändler verteilt worden und vom Nikolaus mit diversen leckeren Kleinigkeiten befüllt. „Hinein kommt, was typischerweise in einen Nikolausstiefel gehört“, verrät Katrin Pardall vom Stadtmarketing. Damit auch jedes Kind den richtigen Stiefel zurückerhält, muss das Partnerstück des Schuhs bei der Suche in den Geschäften unbedingt mitgebracht und vorgezeigt werden. Bei Fragen stehen das Stadtmarketing und Schmagges unter der Telefonnummer 06235 / 44125 gerne zur Verfügung.

Text und Foto: Stadtverwaltung Schifferstadt

Ho! Ho! Ho!
Nikolaus-Stiefel-Aktion
Start und Ziel am Schillerplatz 6.12.24

Teilnehmende Betriebe:

- 1) Apotheke am Schillerplatz
Schillerplatz 4
- 2) Optik Delker
Schillerplatz 10
- 3) Weltladen
Kleine Kapellenstraße 4
- 4) Brillen Bott
Kirchenstraße 28
- 5) Modehaus Rittinger
Burgstraße 66
- 6) Geschenklädel
Hauptstraße 15
- 7) AXA Versicherungen
Hauptstraße 9
- 8) Nähboutique
Lillengasse 8
- 9) Versicherungskammer Bayern
Waldseer Straße 9
- 10) Buchhandlung Frank
Bahnhofstraße 46-48
- 11) Zweiradhaus Mayer
Bahnhofstraße 70
- 12) Kleiderlädchen Wühlmaus
(Deutscher Kinderschutzbund)
Rehbachstraße 4
- 13) City Reisebüro
Kirchenstraße 5
- 14) Manuela Schuhe und Mode
Raiffeisenstraße 2



Schifferstadt
meine Stadt!

Schmagges
Nationaler Marketing
Sponsoring

Bauantrag für Galerie gestellt

Angebote für Haus des Kindes werden eingeholt

SCHIFFERSTADT (suk). Die Galerie im Haus des Kindes als fehlenden Aufenthaltsbereich für die Hortkinder beschäftigt Eltern und Erzieher teame schon länger (Das Tagblatt berichtete). Einen wichtigen Schritt zur Behebung des Missstandes hat die Verwaltung nun getan.

„Der Bauantrag wurde in der 45. Kalenderwoche abgeschickt“, gab Bürgermeisterin Ilona Volk (Grüne) im Bau-

Anzeige

Hören Leist GmbH
Ihr Hörgeräteakustiker in Speyer
an der Gedächtniskirche, seit 1982.

Landauer Str. 1
67346 Speyer

Tel. 06232 74831
www.hoeren-leist.de



Verkehr- und Umweltausschuss bekannt. Parallel dazu habe sie telefonisch Kontakt mit der Baubehörde des Kreises aufgenommen, um auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hinzuweisen.

Die AfD-Fraktion hatte sich zum zweiten Mal bezüglich der Galerie erkundigt. Im Ausschuss informierte Volk darüber, dass die Nutzung des Podests im Juli 2024 von der Unfallkasse untersagt wurde. Die Ertüchtigung, bei der auch der Brandschutz eine entscheidende Rolle spielt, werde mit rund 50.000 Euro zu Buche schlagen.

Am vergangenen Freitag habe es einen Vor-Ort-Termin mit dem Statiker gegeben. „Derzeit werden Angebote eingeholt“, sagte Volk zum Sachstand.

Dass bereits im Elternausschuss im August durch den zuständigen Beigeordneten bekannt gegeben wurde, dass der Bauantrag gestellt ist, begründete Volk mit einer Fehlinformation durch den arbeitenden Mitarbeiter. Die Bürgermeisterin sei darauf bedacht, die Sache zu beschleunigen.

KURZ UND BÜNDIG

Brücke wird ersetzt

AUSSCHUSS Zustimmung zur Erhöhung eines Ingenieurbauwerks

SCHIFFERSTADT (suk). Das Ingenieurbauwerk, das einen Wirtschaftsweg im Wald von Schifferstadt überführt, muss aufgrund der vorgesehenen Verbreiterung der A61 ersetzt werden. An der Höhe muss sich etwas tun.

Die lichte Höhe von 4,70 Meter wird nach dem Ausbau der Autobahn nicht mehr zu erreichen sein, so die Vorhersage der Autobahn GmbH als Eigentümerin der Brücke. Eine Erhöhung der Gradienten – diese beschreibt im Straßenbau den Höhenverlauf einer Trasse im Bezug zum Streckenverlauf – um 40 Zentimeter sei daher notwendig. Die Anschlussdämme müssten entsprechend angepasst werden. Zustimmung gab es für das Vorhaben vom Forst-, Agrar- und Umweltausschuss, wofür die Kosten vom Verursacher übernommen werden. Eine Folge des Ersatzbauwerks ist, dass die Traglast der Brücke von aktuell 16 auf dann 40 Tonnen erhöht wird.

FSV II mit Unentschieden in die Winterpause

Von Alexander Joa

SCHIFFERSTADT. Am vergangenen Sonntag traf die zweite Mannschaft des FSV im Nachholspiel in Ruchheim auf den ASV Waldsee. Bei winterlichen Temperaturen wollten die Blau-Weißen mit einem Sieg an Waldsee vorbeiziehen und sich Platz 9 sichern.

Von Beginn an setzte der FSV den Gegner unter Druck und erspielte sich vielversprechende Gelegenheiten. Besonders über die Außenbahnen sorgten sie immer wieder für Gefahr. In der 39. Minute wurden die Offensivbemühungen schließlich belohnt: Einen langen Ball von Philipp Dylka aus der eigenen Hälfte nahm Alex Joa geschickt mit dem ersten Kontakt in den Strafraum mit und verwandelte ihn mit dem zweiten Kontakt zur verdienten 1:0-Führung. Mit diesem Ergebnis ging es in die Halbzeitpause.

Nach dem Seitenwechsel agierte der ASV Waldsee nicht mehr so passiv und setzte den FSV früh unter Druck. Die 13er taten sich schwer, sich aus diesen Situationen spielerisch zu befreien, und leisteten sich zahlreiche Ballverluste, die den Waldseern Oberwasser gaben. In der 71. Minute erzielte der ASV dann nach einem Eckball per Kopf den verdienten Ausgleich.

In der Schlussphase war Waldsee bemüht, das Spiel komplett zu drehen, und erarbeitete sich weitere gute Chancen. Der FSV verteidigte jedoch als Einheit – und mit etwas Glück – bis zum Schlusspfiff. Besonders bemerkenswert war die Defensivleistung in Unterzahl: Aufgrund zweier unnötiger Zeitstrafen musste das Team zeitweise mit nur neun Spielern auskommen. Angesichts dieser Umstände kann man mit dem Punkt am Ende zufrieden sein.

Der FSV hat in den vergangenen Wochen die richtige Antwort auf die durchwachsende Hinrunde gefunden und sich mit einer kämpferischen Leistung einen Platz oberhalb der Abstiegszone gesichert. Mit 18 Punkten aus 18 Spielen überwindet die Mannschaft auf Rang 11 der Tabelle.

LUDWIGSHAFEN/SPEYER/SCHIFFERSTADT. Ein überzogenes Girokonto kann schneller Realität werden, als man denkt. Ob ungeplante Ausgaben, eine größere Anschaffung oder vorübergehende finanzielle Engpässe – plötzlich steckt man im Dispositionskredit (kurz: Dispo). Der Dispokredit bietet kurzfristige finanzielle Flexibilität, gehört jedoch mit seinen vergleichsweise hohen Zinsen zu den teuersten Kreditformen bei Banken und Sparkassen. Umso wichtiger ist es, ihn so schnell wie möglich auszugleichen, um unnötige Kosten zu vermeiden. Alexander Jusmann, Leiter Marketing und Kommunikation der Sparkasse Vorderpfalz, erklärt, wie Betroffene Schritt für Schritt aus den roten Zahlen kommen können.

Überblick über die Finanzen verschaffen

Der erste Schritt zum Ausgleich des Dispos ist, sich einen klaren Überblick über die eigene finanzielle Lage zu verschaffen. „Viele Menschen verlieren den Überblick, wenn

unerwartete Ausgaben auf sie zukommen. Ein strukturiertes Vorgehen ist unerlässlich, um wieder die Kontrolle über die Finanzen zu gewinnen“, erklärt Alexander Jusmann. Er empfiehlt, die eigenen Einnahmen und Ausgaben mithilfe von Online-Banking oder einem Haushaltsbuch detailliert zu erfassen. Hierbei kann der kostenfreie Web-Budgetplaner der Sparkassen-Finanzgruppe eine wertvolle Hilfe sein. Dieses Tool ermöglicht es, alle finanziellen Bewegungen online zu dokumentieren und detaillierte Auswertungen zu erstellen. „Mit dem Web-Budgetplaner können Betroffene ihre Finanzen bequem vom Computer oder Tablet aus im Blick behalten und somit ihr monatliches Budget besser steuern“, ergänzt Jusmann. Weitere Informationen und der Zugang zum Web-Budgetplaner gibt es unter www.geldundhaushalt.de/web-budgetplaner.

Ausgaben analysieren und gezielt reduzieren

Um den Dispo zu verringern, ist es wichtig, Ausgaben



Alexander Jusmann, Leiter Marketing und Kommunikation der Sparkasse Vorderpfalz, rät: „Ein Dispokredit bietet kurzfristig finanzielle Flexibilität, sollte jedoch keinesfalls zur Dauereinrichtung werden, da er mit hohen Zinsen verbunden ist.“

Foto: Sparkasse Vorderpfalz

und Abonnements. Oft laufen noch Verträge, die nicht mehr genutzt werden, was unnötige Kosten verursacht“, rät Jusmann. Verträge für Strom, Internet oder Versicherungen sollten regelmäßig überprüft und ggf. optimiert werden, um Einsparungen zu erzielen. Jusmann betont: „Um den Überblick über die Ausgaben auch unterwegs zu behalten, empfiehlt sich die kostenfreie Finanzchecker-App. Mit dieser App können Sie Ihre täglichen Ausgaben direkt erfassen und jederzeit sehen, wohin Ihr Geld fließt. Die App ist sowohl im Apple AppStore als auch im Google Playstore erhältlich.“

Den Dispo gezielt abbauen oder umschulden

Nachdem Sie einen Überblick über Ihre Einnahmen und Ausgaben gewonnen und Maßnahmen zur Kostensenkung ergriffen haben, sollten Sie sich auf die Rückzahlung des Dispos konzentrieren. „Erstellen Sie einen Rückzahlungsplan und legen Sie fest, wie viel Geld Sie monatlich zur Tilgung des Dispos aufbringen können“, empfiehlt

Jusmann. Eine sinnvolle Alternative zum teuren Dispokredit kann auch die Umschuldung in einen Ratenkredit sein. „Ein Ratenkredit bietet feste monatliche Raten und hat oft deutlich niedrigere Zinsen als der Dispokredit. Das macht die Rückzahlung planbarer und reduziert die finanzielle Belastung“, erläutert Jusmann.

Zukünftige Nutzung des Dispos vermeiden

Um nicht wieder in die Dispo-Falle zu geraten, ist es ratsam, für unvorhergesehene Ausgaben einen finanziellen Puffer anzulegen. „Ein Notgroschen in Höhe von etwa drei Nettomonatsgehältern gibt Ihnen die nötige Sicherheit in Not-situationen“, so Jusmann. Der Aufbau eines solchen Polsters erfordert Disziplin, lässt sich jedoch durch regelmäßiges Sparen gut realisieren.

Die regelmäßige Nutzung eines Haushaltsbuches, entweder in Papierform, mit dem Web-Budgetplaner oder der Finanzchecker-App, sorgt dafür, dass Sie Ihre Finanzen langfristig im Griff behalten. Wenn der Dispokredit zur

dauerhaften Belastung wird, sollte man nicht zögern frühzeitig das Gespräch mit der Bank oder Sparkasse zu suchen.

„Die Sparkasse Vorderpfalz unterstützt ihre Kunden in schwierigen finanziellen Situationen stets mit Rat und Tat. Gemeinsam können wir Lösungen finden, um den Dispo gezielt abzubauen“, versichert Jusmann. In schwierigen Fällen kann auch eine Schuldnerberatung wertvolle Unterstützung bieten.

Fazit

Ein Dispokredit bietet kurzfristige finanzielle Flexibilität, sollte jedoch keinesfalls zur Dauereinrichtung werden, da er mit hohen Zinsen verbunden ist.

Mit einem klaren Überblick über die Finanzen, gezielten Einsparungen und gegebenenfalls einer Umschuldung lässt sich der Dispo schnell ausgleichen. Der Web-Budgetplaner und die Finanzchecker-App kann helfen die Finanzen besser zu kontrollieren und in Zukunft den Dispo zu vermeiden. Text: Sparkasse Vorderpfalz

Bachs Weihnachtsoratorium mit Barockorchester und namhaften Solisten

SPEYER. Am 2. Adventssonntag, dem 8. Dezember 17 Uhr singt die Speyerer Kantorei wieder einmal Bachs berühmtes Weihnachtsoratorium, die Teile I-III. Jede der bisher zwölf Auflagen des Chores zeigte ein anderes Gesicht in der Ausführung, das Besondere dieses Mal: Es spielt erstmals ein Orchester mit historischen Instrumenten in 415Hz, ein Orchester, wie es in der Bachzeit üblich war. Das Orchester musiziert unter Führung von Konzertmeisterin Barbara Mauch-Heinke vom Balthasar-Neumann-Ensemble, sowie von Juliane Sauerbeck, Speyers namhafter Barockviolinistin. So vereinen sich Musiker aus nah und fern zum Collegium musicum Speyer, um Chor und Solisten zu begleiten.

Auch bei den Solisten warten bekannte Namen mit Severine Grimbert, französische Sopranisten aus Neustadt, Sinja Maschke, farbenreicher Neuzugang im Alt vom Theater Kaiserslautern, Martin Erhard, als Evangelist und Diözesanmusikdirektor in Speyer bestens bekannt und Ekkehard Abele ist als Baß auch in der Pfalz kein Unbekannter. Gestärkt vom großen Festkonzert im November singt die Speyerer

Kantorei unter Leitung von Robert Sattelberger. Karten zu 25€/ Ermäßig 10€ sind an der Abendkasse, bei reservix, der TouristInfo und beim Capella-Verlag erhältlich.

Das Weihnachtsoratorium gliedert sich in die Reihe der Musiken von Totensonntag bis Silvester, wo jedes Wochenende Musiken in Speyers evangelischen Kirchen stattfinden – sogar an Kinder ist gedacht diesmal: So geht es zum 1. Advent, dem 1. Dezember um 17 Uhr in der Gedächtniskirche mit einer geistlichen Abendmusik bei freiem Eintritt weiter: Dekan Dr. Dembek spricht mit Worten über die weihnachtlichen Verheißungen aus dem Alten Testament beim Propheten Jesaja, kontrastiert mit Orgelwerken von Bach, Bruhns und Buxtehude, allesamt in g-moll, gespielt von Robert Sattelberger.

Am 3. Adventssonntag 17 Uhr werden dann in der Gedächtniskirche vor allem Kinder erwartet: Erzählerin Nikola Rügenapf erzählt in einer „Geistlichen Märchenstunde“ von „Budenzauber mit Puderzucker“, einem Orgelmärchen von Simone Pepping und Andreas Schmitt. An gleicher Stelle eine

SPEYERER KANTOREI
SONNTAG 2. ADVENT
8. DEZEMBER 2024 17 UHR
DREIFALTIGKEITSKIRCHE SPEYER
Johann Sebastian Bach
WEIHNACHTSORATORIUM
KANTATEN I-III BWV 248
SEVERINE GRIMBERT – SOPRAN | SIMONE PEPPING – ALT
MARTIN EHRHARD – TENOR | EKKEHARD ABELE – BASS
COLLEGIUM MUSICUM SPEYER | SPEYERER KANTOREI
LEITUNG: KMD ROBERT SATTELBERGER
EINTRITT 25 € | SCHÜLER/STUD. 10 € | TOURIST-INFORMATION SPEYER | RESERVIX.DE | CAPELLA-VERLAG

Woche später ebenfalls 17h dann das traditionelle Adventskonzert bei Kerzenschein mit allen Chören der Gedächtniskirche mit dem pfälzischen Blechbläser-

ensemble unter Matthias Fitting. Altkirchenpräsident Christian Schad hält die Ansprache, Dekanin Mirjam Dembek die Liturgie, Robert Sattelberger hat die Gesamt-

Kirchenmusik Inmitten 2024 november | december
SPEYERER KANTOREI
Sonntag | 24. November | 17 Uhr | Christuskirche Speyer
Orgelkonzert zum Totensonntag | Robert Sattelberger – Orgel
Werke von Bach und Brahms u. a. | Eintritt frei
Sonntag | 1. Dezember | 17 Uhr | Gedächtniskirche Speyer
Geistliche Abendmusik zum 1. Advent
Robert Sattelberger – Orgel | Pfarrer Klaus Eicher – Liturgie | Eintritt frei
Sonntag | 8. Dezember | 17 Uhr | Dreifaltigkeitskirche Speyer
Johann Sebastian Bach – Weihnachtsoratorium I-III
Vokalsolisten | Collegium musicum Speyer | Speyerer Kantorei | Leitung: KMD Robert Sattelberger | Eintritt 25 € | erm. 10 € | VV: Reservix und Capella-Verlag
Sonntag | 15. Dezember | 17 Uhr | Gedächtniskirche Speyer
Geistliche Märchenstunde zum 3. Advent – nicht nur für Kinder
Nikola Rügenapf – Erzählerin & Gesang | Robert Sattelberger – Orgel | Eintritt frei
Sonntag | 22. Dezember | 17 Uhr | Gedächtniskirche Speyer
Adventsmusik bei Kerzenschein
Pfalz. Blechbläserensemble | Speyerer Kantorei | Chor & Kinderchöre der Gedächtniskirche | Leitung: LPW Matthias Fitting & KMD Robert Sattelberger
KP i. R. Dr. C. Schad – Ansprache | Eintritt frei
Dienstag | 31. Dezember | 21 Uhr | Gedächtniskirche Speyer
Großes Silvesterkonzert mit LJO-Brass | Robert Sattelberger – Orgel
Eintritt 25 € | VV: Reservix und Capella-Verlag
WWW.SPEYERER-KANTOREI.DE

leitung, ein Vorkonzert findet tags zuvor um 18h in der prot. Kirche Mutterstadt statt.

Zuletzt das berühmte „Große Silvesterkonzert“ mit

LJO-Brass und Robert Sattelberger an der Orgel, diesmal mit special guest. Vorverkauf läuft ebenfalls bereits.

Zu allen Veranstaltungen ergeht herzliche Einladung.

Familienanzeigen für jede Gelegenheit

Geburt
Geburtstag
Hochzeit
Hochzeitsjubiläen
Schulanfang

Zum Festpreis:
1sp 60 mm **30 Euro**
2sp 60 mm **50 Euro**
2sp 90 mm **60 Euro**
3sp 50 mm **70 Euro**
3sp 90 mm **90 Euro**

Schifferstadter Tagblatt
Bahnhofstraße 70
Telefon 06235/92690
anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de

Wählen Sie in Ruhe aus:
In unserem Musterbuch oder auf unserer Internetseite unter www.schifferstadter-tagblatt.de/service/familienanzeigen

Viele Motive

Wer macht was?
Ihre Profis in
der Region
Schifferstadter Tagblatt



Zimmertüren individuell
 Charme und Harmonie sowie Dämmung von Wärme und Lärm für Ihr Zuhause! Große Auswahl vom Hersteller Lebo.
Jetzt anrufen und beraten lassen!
STEINBAUER
 Im Lettenhorst 14 – 67105 Schifferstadt
 Telefon 06235 3094 – www.steinbauer-gmbh.de

- WÄRMEPUMPEN
- PELLETHEIZUNGEN
- SOLARANLAGEN
- HEIZUNGSBAU
- SANITÄRINSTALLATION
- BADMODERNISIERUNG

Sven Theobald
 Geschäftsführer
 Wärme-Technik-Sanitär GmbH
 Langgasse 43
 67105 Schifferstadt
 Telefon: 06235 7578
 Telefax: 06235 81728
 info@wts-schifferstadt.de
 www.wts-schifferstadt.de

PARKETT BLAU GmbH
 Meisterbetrieb seit 1978
 www.parkett-blau.de

Im Lettenhorst 16
 67105 Schifferstadt
 Telefon 06235/81183
 Fax 06235/3142
 email: info@parkett-blau.de

- ▬ Parkettneuerlegungen
- ▬ jegliche Art von Bodenbelägen
- ▬ Exclusive Dielenböden
- ▬ fachmännische Restaurierungen
- ▬ Holzterrassen, Trockenestriche
- ▬ und vieles mehr . . . **Sprechen Sie uns an!**

Wir sind Innungsmitglied!

BOSCH Service
 KFZ-Meisterbetrieb und autorisierter Kundendienst für Bosch KFZ-Ausrüstung
T&T AutoShop GmbH
 Bosch Car Service
 Inh. Ricky Turner | 0 62 35 / 8 10 22
 Rudolf-Diesel-Straße 16 | info@tt-autoshop.de
 67105 Schifferstadt | www.tt-autoshop.de

Achsvermessung – AU – Bremse – Diagnose elektr. Systeme –
 Elektrik/Elektronik – Glas-Service – HU – Inspektion – Klima-
 Service – Mechanik – Ölwechsel – Reifen-Service –
 ...und noch vieles mehr!

CM
 Schlosserei
 Metallbau
 Garagentore
 Tortechnik
 Verladetechnik
CHRISTIAN MAURER
 Großer Garten 17 - 67105 Schifferstadt
 Telefon: 0 62 35 / 49 77 77 - Telefax: 0 62 35 / 49 77 79
 Mobil: 0171 / 280 00 89 - E-Mail: maurer.christian@t-online.de

Automechaniker (m/w/d) gesucht!
 Vollzeit- und Teilzeioptionen verfügbar!

Was kannst du bei uns erwarten:

- ✓ Faire Bezahlung
- ✓ 30 Tage Urlaub
- ✓ 38h Woche
- ✓ Freitags 15-00Uhr Feierabend
- ✓ Urlaubs- und Weihnachtsgeld
- ✓ Hochmoderne Werkzeuge
- ✓ Familiäre Unternehmenskultur
- ✓ Weiterbildungsmöglichkeiten

Auto Zorn Schifferstadt
 KFZ-Service sämtlicher Fahrzeugarten
 Im Lettenhorst 12 67105 Schifferstadt Tel. 06235 83891

Schlüsseldienst
STADTHERR
Schlüssel ~ Schlösser ~ Schließanlagen
 Für den Notfall: 0151/44566250 + 0171/5043899
 Burgunderplatz 5 • 67117 Limburgerhof
 Tel. (06236) 67200 • Fax (06236) 48122
 E-mail: info@schluesseldienst-stadtherr.de

Holz erleben.

Roland Strub
 Schreinerei Innenausbau Trockenbau Möbel
 Fenster & Türen Deckenbau Altbauanierung
 Am Scheidegraben 3 Tel. 0 62 31 / 407 499-0 info@schreinerei-strub.de
 67125 Dannstadt Fax 0 62 31 / 407 499-90 www.schreinerei-strub.de

Hier könnte Ihre
Anzeige
 stehen!
 Werben mit System.
 Sprechen Sie uns an!

BESTELLEN SIE ONLINE
 HOCHWERTIGE PFÄLZER
 WEIHNACHTSGESCHENKE FÜR
 PFALZ-FANS UND PFÄLZER
 „AROUND THE GLOBE“
www.einstueckpfalz.de



#EIN STÜCK PFALZ
 #einstueckpfalz
 Bahnhofstr. 70 | 67105 Schifferstadt
 Tel. 0 62 35 - 9 26 90
 www.einstueckpfalz.de | info@einstueckpfalz.de